



Aktenzeichen: Pet 3-19-05-06-029617

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 17.02.2022 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,
- weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

Begründung

Mit der Petition wird gefordert, dass die Bundesrepublik Deutschland die Kosten für den Wiederaufbau des Sächsischen Palais und des Brühlischen Palais in Warschau übernimmt.

Zur Begründung seines Anliegens trägt der Petent im Wesentlichen vor, dass die Palais in Warschau im Jahre 1944 von der deutschen Wehrmacht zerstört worden seien. 75 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges könne die Übernahme der Kosten für den Wiederaufbau ein für das deutsch-polnische Verhältnis wichtiges Zeichen der Versöhnung setzen. Zu den weiteren Einzelheiten wird auf die Petition verwiesen.

Die Petition wurde auf der Internetseite des Deutschen Bundestages veröffentlicht und zur Diskussion bereitgestellt. Der Petition schlossen sich 46 Mitzeichnende an und es gingen 24 Diskussionsbeiträge ein.

Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung – dem Auswärtigen Amt – Gelegenheit gegeben, ihre Haltung zu der Eingabe darzulegen.

Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:

Die Bundesrepublik Deutschland ist mit dem Nachbarland Polen sowohl auf politischer Ebene als auch im gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Rahmen eng verbunden. Die politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen sind angesichts der übereinstimmenden Interessen in vielen Bereichen vielfältig und – seit den Beitritten Polens zur Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) im Jahr 1999 und zur Europäischen Union (EU) im Jahr 2004 – insbesondere auch geprägt von der engen



Partnerschaft in diesen Organisationen, die auch zukünftig das Fundament der deutsch-polnischen Beziehungen bilden sollen. Daneben ist der regelmäßige Austausch auf höchster politischer Ebene, wie beispielsweise die jährlichen Deutsch-Polnischen Regierungskonsultationen mit den Regierungschefs und Fachministern, Ausdruck der freundschaftlichen Partnerschaft und Zusammenarbeit beider Länder. Unabdingbare Grundlage der deutsch-polnischen Beziehungen ist aber auch der verantwortungsvolle Umgang mit der gemeinsamen Vergangenheit. Deutschland erkennt in diesem Zusammenhang die Schuld an den Leiden der polnischen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg an. Zahlreiche bilaterale Besuche, Gespräche und Gedenkveranstaltungen, mit denen einerseits die Erinnerung an die Geschichte aufrechterhalten, andererseits aber auch die zukünftige Verantwortung beider Länder bei der Ausgestaltung der europäischen Integration in den Vordergrund gestellt wird, nehmen daher ebenfalls eine wichtige Rolle in den bilateralen Beziehungen ein. Deutschland und Polen sind darüber hinaus auf wirtschaftlicher Ebene eng miteinander verflochten, ein intensiver Bildungs- und Forschungsaustausch sowie enge Zusammenarbeit auf zivilgesellschaftlicher Ebene, beispielsweise im Rahmen von Städtepartnerschaften und Jugendaustausch, tragen zur Stärkung des gegenseitigen Verständnisses bei.

Vor dem Hintergrund dieser allgemeinen Erläuterungen lässt sich zu dem konkreten Anliegen des Petenten Folgendes ausführen:

Der Wiederaufbau des im Jahre 1944 gegen Ende des Zweiten Weltkrieges zerstörten Sächsischen Palais sowie des Brühlischen Palais ist nach Auskunft des Auswärtigen Amtes gelegentlich Teil des öffentlichen Diskurses in Polen. Bereits in der Vergangenheit gab es in Polen auf politischer und gesellschaftlicher Ebene Initiativen zum Wiederaufbau der Gebäude. Bislang ist eine Realisierung dieser Pläne jedoch nicht erfolgt. Gleiches gilt für eine mögliche, von dem Petenten geforderte Beteiligung Deutschlands an den Kosten des Wiederaufbaus: von polnischer Seite wurden bisher keine konkreten Erwartungen an die Bundesregierung herangetragen. Eine derartige Konkretisierung ist aber wiederum Voraussetzung für eine entsprechende Auseinandersetzung mit der Angelegenheit auf deutscher Seite. Die Bundesregierung ist daher der Auffassung, dass bei einem solch sensiblen Thema zunächst der Meinungsbildungsprozess auf polnischer Seite abgewartet werden sollte.



Der Petitionsausschuss schließt sich dieser Einschätzung an. Er begrüßt das vielfältige Engagement der Bundesregierung mit dem Ziel, die große Breite und Dichte in den deutsch-polnischen Beziehungen zu erhalten und eine enge Kooperation, die der gemeinsamen Verantwortung für die Zukunft gerecht wird, ohne aber die Erinnerung an die gemeinsame Vergangenheit zu negieren, zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund kann der Ausschuss die Forderung des Petenten nicht unterstützen.

Er empfiehlt daher, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.